Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 88. Dienstag den 17. April. 1849.

Bekanntmachung.

Das Königlich Belgische Ministerium des Innern hat
a. für die nützlichste landwirthschaftliche Schrift,
b. für die beste Schrift über die Heilung oder Verhinderung der Kartoffel-Krankheit,
zwei Preise ausgesetzt.

Die näheren Bedingungen für die Bewerbung bringe ich höherer Veranlassung zufolge nachstehend mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnißnahme, daß nicht blos Schriften in französischer, englischer und flämischer, sondern auch in deutscher Sprache werden zugelassen werden.

Erste Preis-Bewerbung.

Es wird ein Preis von Dreitausend Francs nebst einer goldenen Medaille für die nützlichste im Laufe des Jahres 1849 abgefaßte landwirthschaftliche Schrift bestimmt.

Die Bewerber haben ihre Manuscripte vor dem 1. Januar 1850 mit der Aufschrift: „Für die von dem Ackerbau-Congreß (congrés agricole) eröffnete Preis-Concurrenz" an das Ministerium des Innern (in Brüssel) einzusenden.

Die Handschriften dürfen nicht den Namen der Verfasser führen; sie sind mit einem Motto zu versehen und es ist ein versiegelter Zettel beizufügen, welcher den Namen des Autors enthält und auf dessen Außenseite auch das Motto des Manuscripts geschrieben steht.

Die oberste Ackerbaubehörde (le conseil superieux d'agriculture) versieht das Preisrichteramt. Nachdem dieselbe ihr Urtheil über den Werth der eingegangenen Arbeiten abgegeben, wird sie diese Schriften, welche Eigenthum ihrer Verfasser bleiben und von deren Mottozetteln nur derjenige eröffnet werden wird, welcher der zu krönenden Schrift angehört, den Bewerbern wieder zur Verfügung stellen. Den Geldpreis empfängt der Sieger erst, nachdem er sein Manuscript hat drucken lassen.

Es wird den Bewerbern die größte Freiheit in der Wahl des Gegenstandes gelassen; alle Zweige des Landbaues sind dazu gleich zulässig, — nur die Nützlichkeit des Buches wird seine Würdigkeit zur Preiserlangung bestimmen.

Zweite Preis-Bewerbung.

Es wird ein Preis von Tausend Francs für die beste Schrift über die Ursachen der Kartoffel-Krankheit, die Vorbeugungs- und die Mittel, welche man zur Heilung oder mindestens zur Verringerung des Uebels anwenden kann, ausgesetzt.

In den Concurrenz-Schriften haben die Verfasser beiläufig auch von der Cultur derjenigen Nahr-Pflanzen zu handeln, welche sich am vortheilhaftesten zum Ersatze der Kartoffeln eignen.

Die Schriften sind vor dem 1. September 1849 an das Ministerium des Innern (in Brüssel) einzusenden. Dieselben werden sodann derjenigen Commission übergeben werden, welche der Congreß*) (le congrés) Behufs Beschäftigung mit diesen nützlichen Untersuchungen, ernannt hat und welcher von dem Ministerium des Innern das Preisrichter-Amt über die einlaufenden Concurrenzschriften anvertraut werden wird.

Jedenfalls wird der Preis keinem Verfasser einer Schrift zuerkannt werden, deren Theorien nicht durch praktische Ergebnisse und durch solche Erfahrungen Bestätigung finden, welche die Mitglieder der Commission in den Stand setzen, die erhaltenen Erfolge außer Zweifel zu stellen.

Es ist nicht aus den Augen zu verlieren, daß die Aufforderung zur Preis-Bewerbung an alle Diejenigen ergeht, welche sich mit dem Landbau beschäftigen, es sei in welcher Weise und in welchem Maße es wolle.

Posen, den 11. April 1849.

Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen.
v. Beurmann.

*) Der Ackerbau-Congreß, welcher im September 1849 in Brüssel zusammentritt.

Inland.

Berlin, den 15. April. Der General-Postmeister v. Schaper ist aus dem Badenschen hier angekommen. — Der General-Major und Commandeur der 6. Landwehr-Brigade, von Webern, ist nach Angermünde abgereist.

CC Berlin, den 13. April. Das in die meisten Zeitungen übergegangene Schreiben des Generals v. Radowitz an seine westphälischen Wähler zur Rechtfertigung seiner Theilnahme an der Wahl eines protestantischen Fürsten zum Deutschen Kaiser ist wenig geeignet, vielfache Besorgnisse zu beseitigen, welche hier über das Verhalten der katholischen Bewohner von Westphalen und Rheinland in Bezug auf die Kaiserfrage laut geworden sind; um so weniger als sehr bestimmt versichert wird, daß das Schreiben von hieraus veranlaßt sei. Doch auch angenommen, das letztre sei nicht wahr, so beweist uns das Schreiben, daß Herr v. Radowitz, der seine Wähler gewiß kennt, diese Besorgnisse theilt und in seiner Liebe zur Deutschen Sache und zu unserm Könige drohenden Gefahren vorbeugen will. Die Gefahr ist da, und keineswegs so gering, wie sie von mancher Seite her angesehen wird. In den Rheinlanden ist das Volk seit Jahren durch die Rhein- und Moselzeitung vom ultramontansten Standpunkte aus gegen die Regierung bearbeitet worden und in der Rheinischen Volkshalle hat dieses Blatt in jüngster Zeit einen treuen Schildknappen gefunden. Vernichtung Preußens um jeden Preis, ist das Stichwort der Partei, welcher diese Blätter zum Organe dienen. Das katholische Habsburg ist die Puppe, welche man dem Volke, bei dem die Kaiseridee ihre Wurzeln noch nicht verloren hat, als künftiges Spielzeug vorhält. Es ist noch unvergessen, wie im vorigen Jahre die Rhein- und Moselzeitung dem Erzherzog Reichsverweser die beiden westlichen Provinzen als künftige Reichslande vindizirte. Man wolle uns nicht einreden, daß die Partei eine geringe sei; sie ist zahlreich und in Bearbeitung des Volkes enorm thätig. Auch in unserer zweiten Kammer ist sie durch respektable Kräfte vertreten und mancher, den wir nur für links halten, wirkt in ihrem Geiste störend und vernichtend.

In Westphalen hat die Partei bisher einen weniger günstigen Boden gefunden, da der Westphale zu viel praktischen Sinn hat, um sich für politische Hirngespinnste begeistern zu lassen. Aber der katholische Westphale hat zwei Eigenschaften, die uns eine wenn auch nur momentane Verführung durch diese gefährlichste aller Coterien als sehr möglich erscheinen lassen. Der katholische Westphale hängt an seiner Kirche mit unverbrüchlicher Treue und Festigkeit, zugleich mit einer Innigkeit und Sorglichkeit, die sich leicht eine Gefahr vorschwindeln läßt, wo keine ist. Ferner hängt er, gleich seinem protestantischen Landsmanne, an geschichtlichen Erinnerungen, wie kein anderer deutscher Stamm. Mehr wie irgend wo anders ist im katholischen Westphalen die Idee des deutschen Kaiserthums, die bestimmte Hoffnung auf die Wiedererstehung desselben lebendig und wach geblieben. Aber man kennt keinen andern deutschen Kaiser, als einen aus dem Hause Habsburg. Daher sind im katholischen Westphalen verhältnißmäßig vielleicht die meisten Oesterreichischen Staatspapiere. Gewiß der bei weitem größte Theil des geistlichen Vermögens ist in solchen angelegt, eben so nicht unbedeutende Privatgelder. Es ist somit auch ein materieller Punkt gegeben, um den katholischen Westphalen aufzuregen, daß er kräftig beitrage zur Entscheidung der Kaiserfrage im Oesterreichischen Sinne. Und wie schwer das Materielle in der Wagschale der Politik wiegt, darüber wird Niemand in Zweifel sein.

Die Gefahr also ist nicht wegzuleugnen, wie groß sie ist, wird vielleicht die in Köln für den 18. u. 19. d. M. angesetzte Versammlung von rheinischen und westphälichen Katholiken an's Licht bringen. Sehen wir aber entschlossen auch dieser Gefahr in's Auge und möge sie beitragen, alle Deutschen von echter Gesinnung zusammenzuhalten, daß sie keinen Schritt abweichen weder Rechts noch Links, um das einmal angebahnte Ziel, in dem starken Preußen die Einheit Deutschlands zu suchen, zu erreichen.

— Eben so unglaublich, wie die erste Nachricht von dem Eckernförder Siege, klingt die in's Publikum gelangte Kunde von einer neuesten Note des Olmützer Ministeriums, in der unserer Regierung mit klaren und dürren Worten der entschiedenste Protest gegen jede Aenderung in Deutschland in nicht Oesterreichischem Sinne mitgetheilt wird. Und doch ist die Sache wahr!

Eben so wahr aber ist es auch, daß vorgestern auch eine Russische Note hier angelangt ist, in welcher Kaiser Nicolaus seine Zustimmung zur Frankfurter Wahl ausspricht, vorausgesetzt, daß Preußen im Stande ist, die Anarchie in Deutschland niederzuhalten. Sie enthält ferner die Zusicherung, daß Rußland in die Dänische Angelegenheit sich nicht einmischen werde, und die Mittheilung, daß es von den Donaufürstenthümern bereits Besitz ergriffen habe.

— Die Unterhandlungen der Constitutionellen Zeitung mit Berthold Auerbach wegen Uebernahme des Feuilletons dieses Blattes sind an der demokratischen Gesinnung des Verfassers der Dorfgeschichten gescheitert, da das gebotene Honorar von 4 Sgr. für die Zeile gewiß schwer genug wiegt, um annehmbar zu erscheinen.

Berlin, den 13. April. Die Circularnote vom 3. April hat von Seiten Oesterreichs eine Erwiderung hervorgerufen, die, wenn wir nicht irren, am Abend des 11. d. M. hier eingetroffen ist. Oesterreich protestirt darin gegen das Recht Preußens, die Leitung der Deutschen Angelegenheiten provisorisch oder definitiv zu übernehmen; es protestirt gegen die Bildung des engeren Bundesstaates, wie gegen jede organische Veränderung der bisherigen Ordnung, welche nicht die Zustimmung aller Deutschen Regierungen erhielte. Es legt damit ein Veto ein gegen jede Neugestaltung Deutschlands, die nicht in seinem Sinne ist, und erlaubt sich, diese Erklärungen in einem so hochfahrenden Tone zu geben, wie er in dem diplomatischen Verkehr zwischen Großmächten kaum jemals angeschlagen ist. Wir haben zu unserer Genugthuung erfahren, daß die Preußische Regierung auf so viel Anmaßung die gebührende Antwort ertheilt hat, und auf den Kern der Cirkularnote vom 3. April mit einer Entschiedenheit zurückgegangen ist, daß man annehmen kann, die Politik unserer Regierung in der Deutschen Frage habe eine entschieden günstige Wendung genommen. (D. R.)

§§ Berlin, den 14. April. Am 16. April sollen die Berathungen der Abgeordneten des höheren Schulwesens beginnen. Auf die von vielen Seiten gestellten Anträge einer zahlreicheren Vertretung der Gymnasial- und Reallehrer ist das Ministerium eben so wenig eingegangen, als auf den eventuellen Antrag eines anderen Wahlmodus. Die Gesammtzahl beträgt 31, davon 19 den Gymnasien angehörend, nämlich: Direktor Brettner aus Posen, Professor Bonik aus Stettin, Direktor Dillenburger aus Emmerich, Direktor Eckstein aus Halle, Direktor Fabian aus Tilsit, Oberlehrer Fleischer aus Cleve, Oberlehrer Groß aus Marienwerder, Professor Hicke aus Merseburg, Oberlehrer Menn aus Düren, Prorektor Müller aus Liegnitz, Professor Mützel aus Berlin, Direktor Poppo aus Frankfurt a. d. O., Professor Seyffert aus Berlin, Direktor Skrzeczka aus Königsberg, Direktor Stieve aus Münster, Rektor Wiedmann aus Attendorn, Direktor Wimmer und Direktor Wissowa aus Breslau, Direktor Kiesel aus Düsseldorf. — Die Realschulen haben begreiflicher Weise nur schwächer vertreten werden können, da die Zahl der wirklichen Realschulen und der mit ihnen auf gleicher Stufe stehenden Schulen weit geringer ist. Aus der Provinz Brandenburg haben dieselben zwei Vertreter: Direktor Krech aus Berlin und Professor Kalisch aus Berlin; eben so aus der Rheinprovinz zwei: Direktor Kribben aus Aachen und Oberlehrer Fuhlrott aus Elberfeld. Die übrigen Provinzen sind nur einfach vertreten.

Die meisten Abgeordneten sind jetzt eingetroffen. Amtliche Vorlagen sind ihnen bisher weder in ihrer Heimath, noch hier gemacht worden, so daß sie ohne die geringste Vorbereitung und Vorberathung zu ihrer Arbeit gehen müssen. Da ihnen zudem eröffnet worden ist, daß ihr hiesiges Wirken in gemeinsamen Berathungen höchstens vierzehn Tage dauern dürfe, so sind die Hoffnungen, die man auf diese Versammlung gesetzt hatte, sehr herabgestimmt worden.

— Wie wenig die höheren Behörden den sogenannten Royalistenbund zu begünstigen gesonnen sind, zeigt der Umstand, daß dem Geheim-Sekretair F. Habel, der bekanntlich Führer und Werber dieses Bundes ist, vor einigen Tagen ein Gesuch um Urlaub auf einige Wochen vom Kriegs-Ministerium abgeschlagen wurde, obgleich oder vielleicht weil er sein Gesuch dadurch motivirte, daß er diese Urlaubszeit dazu benutzen wolle, in der Provinz für den Bund Propaganda zu machen.

— Die mehrbesprochene Parteibildung der rechten Seite der zweiten Kammer in der „Stadt London" scheint nun endlich von Statten zu gehen. Vorgestern Abend trat Hr. v. Bodelschwingh förmlich aus, weil er sich, wie er erklärte, in den Augen mancher Mitglieder für eine persona ingrata ansehe und den Glauben hege, daß sein Ausscheiden dem Geiste und dem festen Zusammenhalten der Partei nur förderlich sein könnte. Es wurde dieser Entschluß mit lebhaften Akklamationen angenommen. Die Abg. v. Kleist-Retzow und v. Bismark-Schönhausen waren nicht mehr anwesend und scheinen dadurch ebenfalls die Absicht ihres Austritts kund zu geben. Der Graf v. Arnim verweilte nur kurze Zeit und begab sich dann hinweg. Bemerkenswerth ist in dieser Krisis der Partei das Verhalten des Hrn. v. Vincke, der an keiner Versammlung derselben seit den bekannten, durch seinen Adreßantrag in der deutschen Frage herbeigeführten Debatten wieder Theil genommen hat.

— Nach einer amtlichen Nachweisung sind bei der zweiten Kammer bereits 1111 Bittschriften eingegangen.

— Dem Vernehmen nach wird der frühere Kriegsminister, General v. Schreckenstein, während der Abwesenheit des über die deutschen Truppen in Schleswig-Holstein den Oberbefehl führenden Generals v. Prittwitz das Commando über das Garde-Corps führen.

— Der Gen. v. Wrangel hat für seine Familie in der Leipzigerstraße eine Wohnung gemiethet: er selbst wird indeß vorläufig noch im k. Schlosse wohnen bleiben.

— Es liegt im Plane der deutschen Regierungen, ähnlich wie in Amerika, ganz Deutschland mit einem Telegraphennetz zu überziehen und zwar so, daß vorerst nur da, wo Schienen liegen, auch Telegraphendrähte laufen sollen. Die dieserhalb zwischen Wien und Berlin eingeleiteten Unterhandlungen sind so weit gediehen, daß der Telegraph von Berlin über Breslau und Oderberg nach Wien bereits in sehr kurzer Zeit electrisch spielen wird. Der Telegraph von Berlin nach Köln, Brüssel und Paris ist bereits in Thätigkeit, so wie in einer andern Richtung der über Halle, Erfurt, Eisenach, Frankfurt; nach Hamburg und den Herzogthümern wird er so eben eingerichtet. Von Wien und Frankfurt aus wird dann der Telegraphenverband nach Nürnberg, München, Hof, Leipzig, Dresden und Prag ausgedehnt werden. Berlin wird dadurch für das deutsche Telegraphennetz eben so den Mittelpunkt bilden, wie es denselben für das Eisenbahnnetz schon bildet. Die auf solche Weise von den einzelnen Ländern hergestellten Telegraphenverbindungen sollen dann später vermittelst Abrechnung auf die Centralgewalt übergehen und werden hoffentlich durch diese auch dem Gebrauch des Publikums verstattet werden.

— Bekanntlich haben die Gesellschaften der meisten hier bestehenden Gewerke die vom Magistrat angeordnete Wahl von Prüfungskommissionen, wie solche die provisorische Gewerbeordnung verlangt, beanstandet. Der Magistrat hat auf eine solche Beanstandung die Antwort ertheilt, „daß nichts weiter übrig bleiben würde, als die Prüfungen ohne die Gesellen vorzunehmen." Die Gesellenschaften beharren bei ihrem Vorsatz und sind der Ansicht, daß sich schwerlich Candidaten des Meisterthums vor einer nur aus Meistern bestehenden Prüfungs-Commission einfinden werden.

— Den hiesigen Blättern ist folgende „berichtigende Erklärung" zugegangen: Die in mehreren öffentlichen Blättern enthaltenen, sehr wahrheitswidrigen Berichte über einen Vorfall im Vorzimmer der Ersten Kammer am 4. d. Mts. veranlassen die unterzeichneten Unbetheiligten nach sorgfältiger Untersuchung der Thatsachen zu erklären, daß derselbe sich lediglich auf einen zwar sehr lebhaften, aber an sich, und den begleitenden Umständen nach, unbedeutenden Wortwechsel beschränkt hat. Der Ausfall der Sitzungen der Kammer vom 4. bis 11. d. Mts. und unsere mehrtägige Abwesenheit von hier, nach welcher erst jene Berichte uns zu Ohren gekommen, haben uns verhindert, diese Berichtigung früher zu veröffentlichen. Wir ersuchen alle

Zeitungen, welche über obigen Vorfall Artikel enthalten haben, diese Berichtigung zur Steuer der Wahrheit aufnehmen zu wollen.

Berlin, den 12. April 1849.

(gez.) Gustedt. v. Keltsch. v. Vincke.
Abg. z. I. K. Abg. z. I. K. Maj. u. Abg. z. I. K.

— Wie verlautet, ist der bei den hiesigen Wahlbewegungen öfter genannte Doctor Virchow wegen seiner dafür entwickelten Thätigkeit mit den vorgesetzten Behörden in Conflikt gerathen, und, da er bei der Charité nur auf Kündigung angestellt war, ihm seine Stelle gekündigt worden. Die Charité verliert in ihm ein anerkannt tüchtiges Mitglied.

— Von der zu Ende des vorigen Monats unter Leitung des Dr. Mücke, des Schullehrers Liebmann und der Gebr. Schomburgk von hier über Hamburg nach Südaustralien ausgewanderten ersten Gesellschaft von ungefähr 160 Köpfen sind wiederum Nachrichten eingegangen. Das Schiff, an dessen Bord sich Alles wohl befand, hatte, nach einer schnellen und glücklichen Fahrt, bereits am 30. März den atlantischen Ocean erreicht. Otto Schomburgk, der in den letzten Wochen seines Hierseins noch die, in Südaustralien fast ganz fremde, Entbindungskunde theoretisch und praktisch erlernte, hatte bereits Gelegenheit gehabt, eine der mitfahrenden Frauen auf dem Schiffe glücklich zu entbinden. Am 30. April geht von Hamburg auf dem Segelschiff „Ocean" die zweite deutsche Auswanderungsgesellschaft nach Südaustralien ab, worüber der Gesanglehrer Mücke hier nähere Auskunft zu geben beauftragt ist.

— Genaueren Nachrichten, die wir über die Costümirung der Londoner Constables erhalten, zufolge, sind die Hüte derselben im Innern des Kopfes mit einem Eisenrande, so wie an den Seiten mit Eisenstäben versehen, so daß weder ein Hieb oder Schlag, von oben oder von der Seite, den Mann verletzen kann. Das Ganze ist sehr solid und doch so leicht gearbeitet, daß das Gewicht des Eisens den Träger nicht belästigt.

Kiel, den 10. April. Nach einem heute Mittag hier eingetroffenen Briefe von einem gewöhnlich wohl unterrichteten Manne aus Flensburg sollen die Dänischen Truppen in Sundewitt einmüthig erklärt haben, daß sie nicht mehr gegen die Deutschen Truppen kämpfen wollten. Diese Thatsache ist nicht so unwahrscheinlich, wie sie auf den ersten Blick erscheint, da die Dänen ihren Soldaten die falsche Versicherung gegeben hatten, sie würden nur gegen die Schleswig-Holsteinischen Aufrührer zu fechten haben, und sie sich nun arg getäuscht sehen. Bei dem Ausmarsche der Dänischen Truppen aus der Stadt Hadersleben (am 9. d.) soll, wie Augenzeugen erzählen, die Muthlosigkeit, welche im feindlichen Heere herrscht, sich sehr auffallend gezeigt haben und laut Beschwerde geführt sein über die Täuschungen, die die Offiziere gegen sie sich erlaubt hätten. Der Einmarsch unserer Truppen in Jütland soll nach dieser Nachricht erst am 14. d. stattfinden. (N. f. P.)

Harburg, den 12. April. Gestern Abend kamen hier per Eisenbahn eine Munitions-Kolonne des vierten Preußischen Armee-Korps, bestehend aus 36 Wagen, 216 Pferden und 180 Mann an, so wie um 12½ Uhr Nachts ein Preußisches Pionier-Korps, 100 Mann stark, mit sämmtlichen Feld-Apparaten und 10 Pferden. — Die gestern angekommenen Sächsischen Garde-Husaren sind heute Morgen nach Altona befördert. Diesen Nachmittag 2½ Uhr ist hier das Preußen-Münstersche Husaren-Regiment, 500 Mann stark, angekommen und wird die Nacht hierbleiben. — Das in voriger Nacht angekommene Preußische Pionier-Korps bleibt ebenfalls heute noch hier.

Cuxhaven, den 12. April. (H.-C.) Laut Privatmittheilung von Neuwerk ist heute Morgen wieder eine dänische Fregatte vorne in der Elbe gewesen und hat dort wahrscheinlich eine Brigg genommen; das Feuerschiff hat nicht das bestimmte Signal aufgesetzt, wohl, wie zu vermuthen steht, in Folge eines Verbots abseiten der Fregatte. Die Admiralitäts-Jolle, mit Lootsen an Bord, ist schon heute Morgen hinunter gesegelt, um ankommende Schiffe mit Lootsen zu versehen. Die heute eingekommenen Schiffe sind schon vor Eintritt der Blokade in der Elbe gewesen: eine Brigg, welche später noch einsegeln wollte, ist zurückgewiesen, oder auch genommen, da man aber vermuthet, daß es eine englische Brigg gewesen, so ist wohl mit mehr Gewißheit anzunehmen, daß dieselbe nur zurückgewiesen ist.

Dresden, den 12. April. Der Heubnersche Antrag: „Die Kammer wolle im Verein mit der zweiten Kammer bei der Staatsregierung beantragen, dieselbe wolle die Publikation der von der Deutschen National-Versammlung beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung sammt dem Reichswahlgesetz, ohne hierüber mit einer anderen Deutschen Regierung in irgend welche Verhandlung vorher einzugehen, auf verfassungsmäßigem Wege sofort bewerkstelligen," wurde in der heutigen Sitzung der ersten Kammer mit allen Stimmen gegen Eine zum Beschluß erhoben.

Mannheim, den 7. April. Es geht hier das Gerede, Hecker kehre in Bälde aus Amerika zurück, ja er sei bereits in Frankreich angekommen; allein nach Aussage seiner Verwandten ist daran kein wahres Wort; Hecker bleibt vielmehr in Amerika, erweitert daselbst seine Besitzungen und läßt in wenigen Wochen seine Gattin zu sich kommen.

Kassel, den 12. April. (Kass. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Stände-Versammlung wurden verschiedene Anträge bezüglich der Aufrechthaltung der Beschlüsse der National-Versammlung und der durch dieselbe begründeten Verfassung gestellt und ein Ausschuß ernannt, um dieselben sofort in einen Gesammt-Antrag zu formuliren; die Sitzung wurde inzwischen auf einige Zeit suspendirt und alsdann beschlossen: bei der Staats-Regierung zu beantragen, ihren Bevollmächtigten zu der Erklärung zu instruiren: „1) daß Kurhessen an der von der National-Versammlung auf Grund der Volksfreiheit verkündigten Verfassung Deutschlands als zu Recht bestehend halte und gegen jeden Eingriff in dieselbe protestire als gegen Verrath am deutschen Volke; 2) daß die Annahme der Kaiserkrone an keine Bedingungen geknüpft werde; 3) Kurhessen erwarte, daß alle deutschen Staaten sich in gleichem Sinne aussprechen werden." Morgen Vormittag ist Sitzung, um die Erklärung der Regierung hierauf entgegenzunehmen.

München, den 11. April. Nach der „Bamberger Zeitung" soll Oesterreich die hiesige Regierung aufgefordert haben, die Bayerischen Deputirten ebenfalls aus Frankfurt zurückzurufen.

Würzburg, den 11 April. Bekanntlich hat die Universität Würzburg gegen die Reactivirung des Professors Phillips remonstrirt; sie wurde aber vom Ministerium abgewiesen. (N. W. Z.)

Frankfurt a. M., den 11. April. Als Ergänzung zu dem gestern gelieferten Bericht über die 199. Sitzung der Deutschen Reichsversammlung erwähnen wir noch einige Datails. Nach den Mittheilungen des Kriegsministers hat die Centralgewalt dem weggenommenen feindlichen Schiff den Namen Eckernförde gegeben und angeordnet, daß die Flagge des weggenommenen Schiffs nach Frankfurt gesendet, mit einer Gedenktafel, auf welcher die Einzelnheiten des Sieges und die Namen derer, welche sich dabei hervorgethan haben, stünden, versehen und dann aufbewahrt werden solle. Des Herrn Reichsministers Vortrag wird von häufigem Beifallsruf unterbrochen. Er erwähnt anerkennend des Verhaltens der Deutschen Truppen, und erklärt, daß noch zwei Divisionen in Bereitschaft sind, um die Streitkräfte in Holstein zu verstärken. Der beste Geist herrscht im Heere. Ein ambulantes Lazareth für 1500 Mann ist eingerichtet. Die verschiedenen Stämme Deutschlands wetteifern im Dienste für das Vaterland, und sie werden den Erwartungen entsprechen, welche das Vaterland in einer so gerechten Sache an sie zu stellen hat. (Großer Beifall.)

Der Antrag von Kierulff lautet vollständig: Die verfassunggebende Reichs-Versammlung, veranlaßt durch den Inhalt des von der Deputation erstatteten Berichts: 1) erklärt hierdurch feierlich vor der Deutschen Nation, an der in zweiter Lesung beschlossenen und verkündigten Reichs-Verfassung und dem Wahlgesetze unwandelbar festzuhalten; 2) sie verweist den von der Deputation erstatteten Bericht an einen durch die Abtheilungen zu erwählenden Ausschuß von 30 Mitgliedern zur möglichst schleunigen Berichterstattung und zur Vorbereitung der Maßregeln, welche zur Durchführung der unter 1. gegebenen feierlichen Erklärung nöthig erscheinen. Der Antrag wird mit 276 gegen 159 Stimmen angenommen. 1 Stimme enthält sich der Abstimmung.

Freiburg, den 7. April. Nach Verlauten dürfte die Cassation des Urtels gegen Gustav Struve nicht zu umgehen sein, aus dem Grunde, weil unter den Geschworenen sich ein Unbefugter befunden. Ein Landbewohner, der zum Geschworenen bestimmt gewesen, soll statt seiner seinen Sohn geschickt haben. Nach einem ziemlich wahrscheinlichen Gerüchte soll die Anklage gegen Frau Struve zurückgenommen werden. Die Gefangene ist jedoch noch nicht in Freiheit gesetzt, wohl aber ihr eine weit mildere Haft zugestanden worden.

Wien, den 12. April. (Schl. Ztg.) Zwei Schreiben aus Pesth melden, daß am Ostersonntag Vormittags der Kanonendonner begonnen habe, und Dienstag Nachmittags bei Abgang der Post noch anhaltend fortdauerte und immer näher komme. Bis jetzt sind noch keine offiziellen Nachrichten bekannt gemacht worden. Gestern kamen 2 Dampfschiffe mit Schwerverwundeten an und zwar von Komorn. — Unsere Garnison ist größtentheils nach Ungarn abmarschirt, es befinden sich kaum 2000 Mann mehr hier. Deßhalb mußten sehr viele Wachtposten gänzlich eingezogen werden; viele andere wurden aber durch Munizipalgarden, welche zu diesem Zwecke Gewehre erhielten, ersetzt. Auch die Mannschaft von der Finanzwache versieht Wachtpostendienste. — Minister Graf Stadion ist eiligst nach Olmütz abberufen worden, von wo er nach kurzem Aufenthalt wiederkehren wird.

— Daß die Magyaren nun auch die wichtige Position von St. Thomas eingenommen haben, wird auch vom „Lloyd" zugegeben. — Die heutige „Presse" meldet aus Siebenbürgen, daß nach der Einnahme Herrmannstadts durch Bem daselbst ein großes Gastmahl zur Feier einer Verbrüderung der Magyaren und Romanen (Wallachen) stattgefunden habe, bei welchem unter gegenseitigen Trinksprüchen Oesterreich und den Deutschen Verderben zugeschworen wurde. — Von anderer Seite erhalten wir die Bestätigung, daß alle diensttauglichen Sachsen und Romanen mit Gewalt unter die Bem'schen Honveds gepreßt und so in die Lage gebracht werden, gegen Oesterreich kämpfen zu müssen. — Die heutige Wiener Zeitung veröffentlicht eine unterm 8. d. erlassene Depesche des österreichischen Kabinets an den k. k. Gesandten in Berlin, v. Prokesch. In diesem Aktenstück wird auf sehr entschiedene Weise die Zustimmung zu den von dem preuß. Kabinet in seiner Cirkulardepesche vom 3. d. ausgesprochenen Absichten verweigert; ferner der Frankfurter Nationalversammlung die Giltigkeit der gefaßten und bei etwa fortzusetzenden Verhandlungen weiterhin zu fassenden Beschlüsse in Abrede gestellt; — dann entschiedene Einsprache erhoben gegen Uebernahme und Ausübung des Amtes des Reichsverwesers durch Eine der deutschen Regierungen allein, — die Einladung zur Theilnahme an den beabsichtigten Verhandlungen in Frankfurt abgelehnt, — endlich feierliche Verwahrung gegen alle hieraus hervorgehenden Beschlüsse, mit Vorbehalt der aus den Traktaten erwachsenen Rechte und Ansprüche, eingelegt.

— Die Minister sind gestern Abend durch den Telegraphen nach Olmütz berufen worden und noch mit dem, um ½8 Uhr dahin abgehenden Train abgereist. Man vermuthet, daß es sich um die Demission des Fürsten Windischgrätz handle, der eine Russenverstärkung beantragt hat, wogegen die Minister Stadion und Bach erklärt haben, in diesem Falle sich vom Ministerium zurückziehen zu wollen. Man geht bereits so weit, Schmerling als Nachfolger des Grafen Stadion zu bezeichnen. Warscheinlicher dürfte aber die Annahme der Demission des Feldmarschalls sein. — Das Verbot, rothe Abzeichen zu tragen, wird mit aller Schärfe gehandhabt. Man versichert, daß Dienstmädchen, weil sie rothe Cravatten und rothe Tücher trugen, festgehalten wurden und diese Abzeichen ablegen mußten.

Wien, den 13. April. Das kaiserliche Cabinet hat am 5. d. M. nachstehende Depesche an den österreichischen Bevollmächtigten bei der deutschen provisorischen Centralgewalt, Ritter v. Schmerling, erlassen.

Indem Se. Majestät der Kaiser die Beweggründe billigen, welche den durchlauchtigsten Hrn. Erzherzog Johann bestimmt haben, unter den obwaltenden Verhältnissen die Würde eines deutschen Reichsverwesers niederzulegen, finden sich Allerhöchstdieselben dennoch zugleich veranlaßt, Se Kais. Hoheit aufzufordern, im Interesse Deutschlands, wie in jenem Oesterreichs, das Ihm anvertraute Amt noch so lange fortzuführen, bis für die Uebernahme der Leitung der Centralgewalt in einer ihrer Bestimmung entsprechenden Weise Vorsorge getroffen sein wird.

Ew. Hochwohlgeboren erhalten in der Anlage das allerhöchste Handschreiben, durch welches Se. Majestät der Kaiser Seinem durchlauchten Großoheime diesen Wunsch, unter Anerkennung der Verdienste, welche sich derselbe erworben hat, ausdrückt.

Als im vergangenen Jahre die deutschen Fürsten und Völker die für Deutschland geschaffene provisorische Centralgewalt in die Hände dieses Kais. Prinzen niederzulegen wünschten, hat die österreichische Regierung die Erfüllung dieses Wunsches mit Hintansetzung so mancher durch die Verhältnisse jener Zeit gebotenen Rücksicht gefördert, indem sie die Interessen ihrer eigenen Völker jenen des deutschen Gesammt-Vaterlandes unterordnete und es dem Manne des allgemeinen Vertrauens möglich machte, dem an ihn ergangenen Rufe zu folgen.

So weit es an Ihm lag, hat der Herr Erzherzog das in Ihn gesetzte Vertrauen auch gerechtfertigt und die große Aufgabe gelöst, welcher Er Sich mit so aufopfernder Hingebung gewidmet hatte. Er ist der täglich mehr um sich greifenden Anarchie entschlossen und mit Erfolg entgegengetreten — hat die Herrschaft des Gesetzes wieder hergestellt und durch sie Ruhe und Ordnung gesichert, welche unerläßlich waren, um das begonnene Werk der Neugestaltung Deutschlands auf gesetzlichem Wege zu Ende führen zu können.

Die National-Versammlung dagegen hat den von ihr gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Statt einem einigen, mächtigen und daher an Zukunft reichen Deutschland, dessen Gründung ihre Thätigkeit hätte anbahnen sollen, hat sie ein ideales Reich zu schaffen angestrebt; ein Versuch, welcher nur dazu führen könnte, die Bande zu lockern, ja vielleicht zu lösen, welche die verschiedenen deutschen Stämme seit Jahrhunderten umschlungen hielten. (Folgen dann die bekannten Gravamina gegen die Schritte der N. V.)

Oesterreich, innig verbunden mit Deutschland durch die so lange bestandene enge Gemeinschaft, durch die aus dieser erwachsenen unzertrennlichen Interessen und durch die unbestreitbar noch gültigen Verträge, kann und wird sich nie von solchen Banden lossagen. Noch ist der deutsche Bund, wie ihn die Tractate schufen, nicht aufgelöst, noch bestehen die Rechte und Verbindlichkeit seiner Glieder.

Wenn wir dennoch unter den eben angeführten Verhältnissen für den Augenblick an einem Bundesstaate, wie die Beschlüsse der Nat.-Vers. ihn zu schaffen beabsichtigen, obgleich mit Vorbehalt der Rechte, welche die Geschichte und die Verträge uns sichern, Theil zu nehmen nicht vermögen, werden wir nichtsdestoweniger fortfahren, an den Schicksalen unserer alten Bundesgenossen aufrichtigen Antheil zu nehmen und diesen Antheil bei dem Eintritte veränderter Verhältnisse stets mit Freuden zu bethätigen bereit sein.

Dies ist die Absicht Sr. Majestät des Kaisers, welcher Allerhöchstderselbe getreu bleiben wird.

Wie aber Se. Maj. sich in meiner am 4. Febr. an Ew. Hochwohlgeboren erlassenen Depesche gegen eine Unterordnung unter die von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt auf das Feierlichste verwahrt haben, ist unser Allergnädigster Herr auch nicht minder fest entschlossen, die verfassungsmäßig von Ihm in Gemeinschaft mit den Repräsentanten-Körpern Oesterreichs auszuübende gesetzgebende Gewalt niemals und unter keiner Bedingung einer fremden gesetzgebenden Versammlung unterzuordnen.

Da Se. Maj., wie ich Ihnen bereits angekündigt habe, die von Ew. Hochwohlgeboren nachgesuchte Enthebung von Ihrem Posten zu bewilligen geruhten und der Graf v. Rechberg, welcher zu Ihrem Nachfolger bestimmt ist, nach Frankfurt abgefertigt wird, steht Ihrer Rückkehr nichts mehr entgegen.

Was die österreichischen Abgeordneten zur deutschen Nat.-Vers. betrifft, haben dieselben ihre Sendung, in Folge des Schlusses der Berathung über das Verfassungswerk, als beendet zu betrachten und sofort in ihre Heimath zurückzukehren, da Ihre fernere Theilnahme an einer Versammlung, welche, wie bereits erwähnt, durch den von ihr am 28. v. M. gefaßten Beschluß den Boden des Rechtes und des Gesetzes verlassen hat, durchaus nicht mehr stattfinden kann.

Ew. Hochwohlgeboren haben diese Herren in diesem Sinne zu verständigen, Empfangen ꝛc.

— Die bangsten Besorgnisse haben volle Oberhand gewonnen. Briefe sind heute nicht von Pesth gekommen, vielleicht nur wegen einer kleinen Zufälligkeit, vielleicht aber auch, weil Pesth schon geräumt ist, und allgemein erklärt man den bemerkenswerthen Fall der 5 pCt. an der gestrigen Abendsörse mit der Behauptung, ein Courier habe schon gestern Abend jene Nachricht hierher gebracht. F.-Z.-M. Welden geht morgen früh nach Ungarn ab; General Frank wird ihn hier, muthmaßlich nur provisorisch, vertreten. Die längst unhaltbare Stellung des Fürsten Windischgrätz, der diese unselige Weldung der Dinge mit verschuldet, scheint endlich gebrochen. Graf Stadion hat sich geeinigt und bleibt; in den nächsten Tagen wird die Ernennung des begabten ehemaligen Staatsrathes Pipitz zum Unterstaats-Sekretair publicirt werden.

— Glaubwürdigen Nachrichten zufolge, hat das Ministerium die Aufnahme der serbischen Wojwodschaft in die Reihe der selbstständigen Kronländer beschlossen. Auch sollen in der oktroyirten Verfassung, insoweit sie die südslavischen Länder betrifft, einige Veränderungen vorgenommen werden. — F.-M. Radetzky hat, um der tapfern Armee in Italien nach den Beschwerden des Krieges auch einige Erholung und manche Annehmlichkeit zu bieten, beschlossen, ein deutsches Theater in Mailand zu errichten, zu welchem Zwecke sich der hiesige Theaterdirektor Pokorny wegen näherer Rücksprache nach genannter Hauptstadt begeben hat.

Ollmütz. So eben ist in der Buch- und Kunsthandlung des Hrn. Höltzel eine Gallerie illustrirter Steckbriefe, mit den Bildnissen des Rebellen Kossuth und Exdepulirten Kudlich eröffnet worden. Dieser Neuigkeit fügt der österreichische Korrespondent die Anmerkung bei: „von der Gesinnungstüchtigkeit der Verlagshandlung steht zu erwarten, daß dieses, für alle Polizei- und Kriminal-Beamten so nützliche Werk fortgesetzt wird; wir sehen somit auch den Portraits der ebenfalls steckbrieflich verfolgten Herren Füster, Goldmark, Violand 2c. 2c. entgegen."

Pesth, den 10. April. Ein großes Treffen scheint sich in der Nähe von Waitzen vorzubereiten, welches die Magyaren erstürmen zu wollen scheinen. Gestern Mittags war die ganze Generalität in dem zwischen Pesth und Waitzen gelegenen Steinbruch versammelt, und alle zu Gebote stehenden Kräfte wurden auf diesem Terrain concentrirt. Heute fällt ein starker Regen, der nach allen Indicien ziemlich lange anzuhalten verspricht.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 10. April. National-Versammlung. Sitzung vom 11. April. Anfang $12\frac{1}{2}$ Uhr. Präsident Marrast. Das Protokoll wird vorgelesen. Marrast will den neuen Staatsrath proklamiren. Mortimer Ternaux, Etcheverry und Baraguay d'Hilliers nehmen nach einander das Wort und protestiren dagegen. Als gestern Abend die Zeit zu kurz war, um die Stimmenzählung zu vollenden, wurde das strengste Geheimniß über das Skrutinium verordnet. Trotzdem brachten heute die Morgenblätter schon das Resultat ganz oder theilweise. Marrast schreitet zur Proklamirung. Marrast: Gewählt wurden zu Mitgliedern des Staatsraths: 1) Vivien, 2) Macarel, 3) Boulatignier, 4) Jouvencel, 5) Bethmont, 6) Cormenin, 7) Marchand, 8) Stourm, 9) Bouchenet, 10) Jules Simon, 11) Maillard, 12) Rivet, 13) Carteret, 14) Gautier de Rumilly, 15) Darricaud, 16) Boudet, 17) Landrin, 18) Paravay, 19) Havin u. 20) Boulay. Die übrigen Gewählten haben die nöthige absolute Mehrheit (356 Stimmen) nicht; es ist also das Skrutinium morgen fortzusetzen. Ledru Rollin erhält das Wort zu seiner Interpellation an den Minister des Innern. „Das Ministerium," sagt er, „hat den Präfekten befohlen, die vorbereitenden Wahl-Versammlungen durch die Polizei besuchen zu lassen. Ich frage den Minister des Innern, auf welches Gesetz er dieses polizeiliche Einschreiten stützt?" Faucher: „Die Regierung stützt sich auf das Gesetz von 1790, das ihr gestattet, alle öffentliche Versammlungen zu überwachen. Unter dem Titel von Wahlversammlungen verstecken sich die Klubs. (Lärmen) Erlauben Sie, daß ich Ihnen einige Polizei-Protokolle vorlese. (Der Minister liest unter starkem Lärmen mehrere solche Berichte vor.) Ich glaube sonach, der Ordnung einen Dienst zu erweisen, wenn ich die Polizei in jene Versammlungen schicke." (Neuer Tumult links, Beifall rechts.) Ledru Rollin beschwört die Versammlung, dem Ministerium keine ähnlichen Taschenspielerstreiche zu gestatten. Ledru Rollin will von der Tribüne steigen. In diesem Augenblick zeigt sich eine starke Bewegung im Saale. Ledru Rollin stutzt. Coquerel: „Diese Aufregung gilt nicht Ihnen, sondern einem Vorfall!" Die Deputirten eilen von den Bänken und reden lebhaft mit einander. Marrast: „Die Sitzung wird auf 10 Minuten suspendirt!" Man hört, daß Point (Loire) und Eugen Raspail (Vaucluse) einen Wortwechsel mit einander hatten und Letzterer dem Ersteren einen Faustftoß gegeben. Beide sollen vom Bourges-Prozeß gesprochen und Eugen Raspail ausgerufen haben: „Ohne das Zeugniß dieses Kerls wäre mein Onkel freigesprochen worden und säße nicht in Doullens," worauf der Schlag erfolgte. Marrast ruft alle Schriftführer und Büreau-Mitglieder um sich und berathschlagt mit ihnen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Marrast: „Der Prokurator der Republik ist mit Verfolgung dieses Skandals sofort zu beauftragen." (Ja, ja! Nein, nein!) Flocon: „An die Abtheilungen vorher zur Prüfung?" (Ja! Nein!) Wird mit 379 gegen 284 Stimmen verworfen. Joly: Ich verlange, daß das Protokoll verlesen werde, das der Polizei-Saal-Kommissair aufgenommen. Marrast liest: daraus geht hervor, daß Raspail den Point geschlagen. Raspail: „Die Darstellung ist falsch! Man sucht mich auszustoßen! Neue politische Rache!" Der Redner erzählt, wie sich die Sache zugetragen habe. Die Versammlung nimmt die Interpellation wieder auf. Ledru Rollin vollendet seinen Vortrag. Die einfache Tagesordnung wird mit 409 gegen 261 Stimmen beschlossen und die Versammlung geht um 6 Uhr aus einander. Man hört, daß Eugen Raspail verhaftet werden soll.

Dänemark.

Kopenhagen, den 10. April Die Sprache unserer Blätter lautet noch so trotzig wie immer. Fädrelandet berichtet, es hätten sich so viele freiwillige Matrosen gemeldet, daß die Bemannung für ein neues Linienschiff schon überzählig sei. Auch sind bereits freiwillige Gaben eingegangen. In 14 Tagen wird das neue Linienschiff auslaufen. Indessen scheint der Enthusiasmus doch nicht so groß zu sein, wie man ihn darstellen möchte.

Kopenhagen, den 11. April. Die Stimmung wegen des Verlustes der beiden schönsten Kriegsschiffe ist fortwährend eine trübe, und der Schimpf der Marine wird von der ganzen Nation mitgefühlt, denn die Seemacht ist nun einmal als eigentlich nationale Waffe von jeher betrachtet worden. Das edle Gefühl des Nationalschmerzes, das bei der Ankunft der Hiobspost auf der Börse sich augenblicklich in Thränen aussprach, sucht jetzt durch Geldbeiträge der Regierung den Verlust zu ersetzen. Wenn man aber erwägt, daß im vorigen Jahre die Begeisterung nur beiläufig $\frac{1}{4}$ Million Speciesthaler eingebracht, das Linienschiff aber reichlich $\frac{1}{2}$ und die Fregatte $\frac{1}{2}$ Million Species gekostet hat, darf man dieser Subscription kein günstiges Prognostikon stellen. — Die Fregatte Freia, Kapt. Brunn ist den 9. in die Ostsee abgesegelt; die Nymphe, Kapt. Braëm, und die Fylla werden bald folgen, das Linienschiff Skiold und die rasirte Dronning Maria werden dahingegen noch einige Zeit auf sich warten lassen. Alle Kriegsschiffe werden mit den Hales'schen Raketen gehörig versehen werden. Diese Höllenpfeile haben keine Stäbe und drehen sich im Fluge um ihre Axe. (N.-Z.)

— Der Kriegs-Minister, General Hansen, hat unterm 8ten d. aus Sonderburg einen Armee-Befehl erlassen, wodurch die Zufriedenheit des Königs mit der ausgezeichneten Haltung und Stimmung des ganzen Heeres ausgesprochen und namentlich dessen Ausdauer während der täglichen Kämpfe im Sundewittschen gelobt wird. Weiter heißt es darin: „Es bestätigt sich von mehreren Seiten, daß fast alle Könige und Fürsten Deutschlands zahlreiche Truppen in die Herzogthümer schicken, um die aufrührerische Partei in ihrem Kampfe gegen den rechtmäßigen Herrn der Herzogthümer und gegen Gesetz und Recht zu unterstützen. In dem täglichen Kampfe gegen diese Uebermacht gehen nur Kräfte verloren und wird Blut vergossen, ohne daß etwas damit erreicht wird. Das Heer hat daher Befehl erhalten, das Sundewittsche zu verlassen, um auf Alsen den Augenblick abzuwarten, wo die Umstände es uns gestatten, dem Feinde Mann gegen Mann gegenüberzustehen."

Durch Befehl des Justiz-Ministers vom 7. d. M. sind alle See-Enrollirte, die sich in hiesiger Stadt oder auf den Schiffen im Hafen aufhalten, sofern sie nicht über 50 Jahr alt sind, zur Session am 11. d. einberufen. Die Hauswirthe haben diese Aufforderung, unter Androhung einer Strafe von 4 bis 20 Rthlrn., den Betheiligten anzuzeigen. Sollte Jemand wider Erwarten ausbleiben, so soll er von der Polizei abgeholt werden.

Schweiz.

Genf. In dem von J. P. Becker redigirten Bieler Blatt: „die Evolution" findet man umständliche Argumentationen für die Nothwendigkeit, durch Mord, wo möglich massenhaften Mord, zum Ziel der Humanität zu kommen. So heißt es in einem dieser (K. Heinzen unterzeichneten) Aufsätze: „Die Dinge müssen mit ihrem Namen genannt werden und die Wahrheit muß ans Licht, mag sie freundlich oder schrecklich aussehen, mag sie die Friedensfarbe tragen oder das Roth des Kriegs. Seien wir daher offen und ehrlich, reißen wir den Schleier herab und sagen wir es mit nackten Worten heraus, was durch Handlungen und durch Drohungen, durch Blut und durch Qual, durch Kanonen und durch Galgen, durch Fürsten wie durch Blousenmänner, durch Croaten wie durch Demokraten alle Tage, nur unter falschen Titeln, gepredigt wird: das Hauptmittel der geschichtlichen Entwickelung ist der Mord. Er ist es bis jetzt, wird es aber hoffentlich nicht bleiben. Der größte Wohlthäter der Menschheit wird sein, wer es Wenigen möglich machte, Tausende niederzustrecken. Wenn wir hören, daß mit Mordknechten beladene Eisenbahnzüge durch einen unter die Schienen gelegten Fingerhut voll Knallsilber von der Bahn geworfen, daß unter den Pflastersteinen gefüllte, mit einem Hahn versehene Bombenkugeln angebracht werden, welche ganze Compagnien eindringender Barbaren beim Auftreten niederreißen, daß vielleicht giftgefüllte, in der Luft zerplatzende Behälter Verderben auf ganze Regimenter niederregnen, daß unterirdische Kammern voll Knallsilber ganze Städte mit 100,000 Mordknechten in die Luft sprengen u. s. w., so werden wir darin nur Mittel zu erblicken haben, welche die massenhafte Barbarei der Reaktion der verzweifelnden Freiheitspartei zur Nothwehr aufgedrungen hat. Der mordenden Reaktion gegenüber ein Gewissen haben, heißt gewissenlos sein. Sie zu vernichten auf alle Weise, mit allen Mitteln, an allen Orten, das drängt sich uns als Pflicht, als Humanität auf. Kossuth war ein Mann von Energie, aber Kossuth hat zu wenig an Erfindungen gedacht, und Kossuth hat das Knallfieber übersehen. Muß man einen halben Welttheil in die Luft sprengen und ein Meer von Blut vergießen, um die Barbarenpartei zu ruiniren, so soll man kein Bedenken tragen. Der hat kein republikanisches Herz im Leibe, der nicht die Genugthuung, eine Million Barbaren unter die Erde zu bringen, freudig mit seinem Leben bezahlte.

Italien.

Rom, den 31. März. Gestern und noch mehr heute raunt man sich unter Vertrauten und Freunden in die Ohren, das für die Sicherung der Republik und die Fortführung des Independenzkriegs mit unumschränkter Gewalt begabte Triumvirat bereite sich mit den Deputirten der Constituante zu eiliger Abreise nach Ancona vor. Die Sardinische Flotte ist in den dortigen Gewässern, so daß sich die Schöpfer der römischen Republik allerdings mit leichter Mühe in Sicherheit bringen könnten. Allein sie würden durch ihr Fortgehen die schwere Verantwortlichkeit für den Ausbruch der allgemeinsten und terroristischsten Anarchie auf sich laden, die uns in jenem Falle nicht fehlen kann. Als Grund der beabsichtigten Translokation wird die centralere Lage Anconas angegeben. — Sterbini trat in der letzten Sitzung der Costituante mit der Motion auf, das Gehalt aller mit über 20 Scudi monatlich besoldeten Beamten in der gegenwärtigen Noth um die Hälfte zu schmälern. Der Antrag wurde jedoch als unmoralisch verworfen. — Die Brüder des Cardinals Antonelli sind auf Befehl der Constituante verhaftet worden. Man sieht sie als Geißeln an für den vor wenigen Tagen von den Neapolitanern auf der Grenze gefangenen römischen Oberstlieutenant Amadei. Der hier gefangene Antonelli ist in die Kerker der aufgehobenen Inquisition gebracht, während die andern zwei Brüder zu Terracina im eignen Hause streng bewacht werden.

Türkei.

Konstantinopel, den 12. März. Wie Privatbriefe aus Bucharest melden, kommen dort zwischen den türkischen und russischen Truppen fast täglich mehr oder minder ernstliche Reibungen vor. Selbst auf die Oberoffiziere scheint sich diese feindselige Stimmung auszudehnen. So soll kürzlich ein dortiger Musiklehrer vom russischen General die Weisung erhalten haben, Niemanden mehr die Marseillaise zu lehren. Als Rifaat Pascha davon hörte, ließ er den Musikmeister kommen und beauftragte ihn, seine Musikbanden die Marseillaise zu lehren. Rifaat Pascha, der Kommandant des in der Moldau stehenden türkischen Armeekorps, ist auf Befehl der Regierung kürzlich hiet angekommen.

Kammer-Verhandlungen.

27ste Sitzung der Zweiten Kammer vom 14. April.
Präsident: Grabow.

Ein Schreiben des Staatsministeriums wird vorgelesen, wonach dem Gesuche, die Portofreiheit bis zu 5 Pfund zu gewähren, nicht gewillfahrt werden kann. (Zischen links.)

Zuerst wird der dringliche Antrag des Abgeordneten Sperling (Insterburg) und Genossen verlesen:

„Die Kammer wolle beschließen: 1) daß fortan die Stadt Gumbinnen bei Veranlagung der Servissteuer zu den Städten zweiter Klasse gezählt und von ihr nur das Servis-Kontingent dieser Klasse mit 18 Sgr. 9 Pf. pro Kopf der Fraktions-Berechnung, also von 5067 Köpfen mit überhaupt 3166 Rthlr. 26 Sgr. 3 Pf. jährlich erfordert, und ihr der durch die unrichtige und nicht gesetzliche Klassifikation zur ersten Klasse vom Jahre 1817 ab mit jährlich 1055 Rthlr. 18 Sgr. 9 Pf. zu viel abgezahlte Betrag aus Staatsfonds erstattet werde; 2) daß eine besondere Kommission aus je zwei Mitgliedern der sieben Abtheilungen gebildet werde, um den Antrag ad. 1 in nähere Erwägung zu ziehen.

Der Antrag wird an die Finanz-Kommission verwiesen.

Hierauf folgt die Verlesung des Antrages von Pflücker und Genossen: „Die Kammer wolle beschließen: I) eine Aufforderung an das Ministerium für alle wegen politischer, seit dem 18. März 1848 verübten Verbrechen und Vergehen gerichtlich, militairgerichtlich, ehrengerichtlich oder im Disziplinarwege Verurtheilte bei des Königs Majestät die Begnadigung und beziehungsweise Rehabilitirung zu beantragen; II) ein Gesetz, wie folgt:

§. 1. Alle wegen politischer, in der Zeit vom 18. März 1848 bis 26. Februar 1849 verübter Verbrechen und Vergehen eingeleiteten gerichtlichen, militairgerichtlichen, ehrengerichtlichen und Disziplinar-Untersuchungen sind niedergeschlagen.

§. 2. Wegen politischer, in der Zeit vom 18. März 1848 bis 26. Febr. 1849 verübter Verbrechen und Vergehen findet keine gerichtliche, militairgerichtliche, ehrengerichtliche oder Disciplinar-Untersuchung weiter statt.

Justizminister (zu einer thatsächlichen Berichtigung): In den Motiven wird behauptet, daß das in der Adresse ausgesprochene Amnestiegesuch ohne Erfolg geblieben sei. Das ist nicht richtig. Sämmtliche Obergerichte sind aufgefordert worden, eine tabellarische Uebersicht aller seit dem 18. März v. J. begangener politischer Vergehen und Verbrechen einzureichen und dabei anzugeben, ob und aus welchen Gründen der Verurtheilte oder Angeklagte einer Begnadigung für werth zu erachten. Eine allgemeine Amnestie wird allerdings nicht beabsichtigt, wohl aber soll in einzelnen Fällen, die dazu angethan scheinen, eine Begnadigung eintreten.

Die Dringlichkeit des Pflückerschen Antrages wird trotz dieser Erklärung sehr ausreichend unterstützt; der Antrag selbst hierauf an die Justiz-Kommission verwiesen.

Nunmehr erfolgt die Verlesung des Abgeordneten Schultze (Delitzsch) und Genossen: I) „Die Kammer wolle beschließen: daß sofort eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse gebildet werde, welche unter Benutzung der einschlagenden Petitionen der Kammer Vorschläge über Abhülfe des drückenden Nothstandes der arbeitenden Klassen zu machen habe.

Nach unterstützter Dringlichkeit geht der Antrag in die Geschäftsreglementskommission.

Ein zweiter Antrag von Schultze (Delitzsch und Genossen: „Die Kammer wolle beschließen: daß die Staats-Regierung aufzufordern sei, das Gesetz de dato Frankfurt, den 27. Dezember 1848, betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes, nebst dem dazu gehörigen Einführungsgesetze vom gleichen Tage in die Gesetz-Sammlung für die preußischen Staaten aufzunehmen," wird an die Verfassungsrevisionskommission verwiesen.

Es folgt nunmehr ein Antrag von Rambs und Genossen: „Die Kammer wolle beschließen: daß de Syo (unter Nr. 70.) gestellte Antrag auf Niederschlagung der Untersuchung wider diejenigen Personen, welche sich im April v. J. an dem Tumulte in Aachen betheiligt haben, dringlich sei.

Der Antrag geht an die Justiz-Kommission.

Zuletzt wird der Antrag von Knauth und Genossen verlesen: „Die Kammer wolle beschließen: daß an die Stelle des ersten alinea des §. 9. der Geschäftsordnung folgende Bestimmung trete: „Die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten wird in je vier Wochen erneuert."

Der Antrag geht an die Geschäfts-Reglements-Kommission.

Hierauf folgt die Fortsetzung des Berichts über den Gesetz-Entwurf n Bezug auf das Anheften von Anschlagezetteln und Plakaten. Nachdem der Berichterstatter über den ersten §. desselben Bericht erstattete wird das Jung'sche Amendement zu demselben zur Unterstützung gestelle und erhält sie.

Eberty (gegen den Entwurf). Daß das Recht der Plakate die Freiheit nicht beeinträchtigt, beweist uns England. Dort wird die Plakatenfreiheit im weitesten Maße geübt und thut dem gesetzlichen Sinne durchaus keinen Eintrag. Weshalb aber nicht? Weil die Regierung dort eben so loyal ist, wie es die Engländer selbst sind, weil dort nur der gesetzliche Wille der Nation gilt. Sein Sie eben so loyal, und die Freiheit wird keine Gefahr laufen. Achten Sie zuerst die Freiheit, so wird auch die Sittlichkeit daraus ersprießen. — Noch an ein Faktum will ich Sie, in Bezug auf die Plakate, erinnern. Gedenken Sie der Zeit der Befreiungskriege. Auch damals fragte Niemand danach, von wem die Plakate waren, ob von der Regierung oder von Männern des Volkes.

Urlichs (für den Entwurf): Das Mitglied für Königsberg hat gestern ausgesprochen, daß hier eine Theilung bestehe von solchen, die den Rechtsstaat und solchen, die den Polizeistaat wollen. Ich glaube, daß dies nicht richtig ist. Die Letzteren, gegen die er sich gerichtet, wollen auch in diesem eine Staatspolizei. Diese soll keine russische, keine willkürliche, sondern eine im konstitutionellen Sinne gestaltete sein. Das Mitglied für Königsberg erwähnte gestern der Zeit Friedrichs des Großen, der bekanntlich ein Plakat niedriger hängen ließ. Der Staat, in dem dies geschah, war der alte, der wahre Polizeistaat. Ein Monarch, der im Hintergrunde die Festungen Spandau und Köpenick hatte, brauchte sich freilich nicht um die Plakate zu kümmern. Jetzt aber wollen wir die Rechte der Bürger durch Gesetze schützen, und es ist daher unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß Keiner beeinträchtigt werde. Wir haben einen Schlund zu schließen, der sich im vorigen Jahre geöffnet hat, und aus dem uns die Barbarei entgegengähnte. Ich erinnere Sie an die furchtbaren Vorfälle in Frankfurt, an den Mord zweier der edelsten Mitglieder der National-Versammlung. Diese Anarchie haben wir zu bekämpfen, wir haben einen der hundert Köpfe der Hydra des Aufruhrs zu zertreten. (Bravo von der Rechten. Zischen zur Linken.)

v. Kirchmann (gegen den Entwurf): Der Gedanke, welcher im §. 1. des Gesetzes ausgesprochen ist, ist derselbe, der im §. 2. wiederkehrt und der dem ganzen Gesetze zu Grunde liegt. Ich sehe darin eine gefährliche Vermischung des Rechtes mit der Polizei, und halte es für das Stärkste, was der Versammlung bis jetzt zugemuthet worden ist. (Bravo auf der Linken.) Nur die können sich vor der Plakatenfreiheit fürchten, welche sich vor der Freiheit überhaupt fürchten. Es wird uns freilich nicht nützen, die Herren, welche dieses Sinnes sind, davon zu überzeugen. Es verhält sich damit wie mit Gespensterfurcht der Kinder. Am Tage kann man sie wohl überzeugen, daß es keine Gespenster giebt aber wenn man ihnen dies auch mathematisch bewiesen hat, so fürchten sie sich des Abends doch. (Gelächter.) Es ist vielfach der Exzesse gedacht worden, welche hier in Berlin im vorigen Jahre stattgefunden haben, und an denen die Plakate schuld sein sollen. Blickt man aber diese Exzesse näher an, so wird man finden, daß dieselben nicht durch die Plakate, sondern durch die Handlungen der Regierung hervorgerufen worden sind, und daß die Plakate nur die Folge derselben waren. Die Demonstration vor dem Palais des Minister Camphausen war wahrlich nicht durch die Plakate, sondern durch die Zurückberufung des Prinzen von Preußen veranlaßt. Ebenso forderten keine Plakate zum Sturm des Zeughauses auf, sondern die Gerüchte, daß die Regierung heimlich die Waffen aus Berlin schaffen lasse, veranlaßten ihn. Die Plakat dienten vielmehr dazu, die Aufregung, welche durch jene Gerüchte entstaneden war zu stillen. Der Exzeß gegen das Palais des Ministers v. Auerswald war gleichfalls nicht durch Plakate, sondern durch das Uebermaß der politischen Verfolgungen veranlaßt. — Auch die Auftritte des 31. Oktobers waren durch keine Plakate vorbereitet. Es war der Drang des Volkes, das, etwas zur Rettung Wiens geschehe, der es in diese Exzesse stürzte, — Wenn ein Redner in Bezug auf die Plakate auf England verwies. so will ich auf Nordamerika verweisen, wo die Plakate der Freiheit niemals geschadet haben. — Noch erinnere ich Sie an den wichtigen Zusammenhang der Plakate mit dem Wahlrecht, das doch wohl die Mehrzahl dieses Hauses wird beschützen und wahren wollen. Schneiden Sie nicht den Weg ab, auf dem zur Zeit der Wahlen die Wahlkandidaten mit dem Volte zu verkehren haben. Die Arbeiter haben nicht Geld und

Zeit, sich Zeitungen zu halten, da bedarf es also oft der Anschläge an den Straßenecken, sie zu benachrichtigen und gerade dadurch, daß sie aufgefordert werden, daß Wahre von dem Falschen zu unterschiiden, bildet sich bei ihnen ein sicheres Urtheil.

Denken Sie daran, daß auch Luther den ersten Schritt zur Reformation durch ein Plakat that. Schließlich kann ich nicht unterlassen, zu erwähnen, daß mir kürzlich eine Petition mit 2450 Unterschriften gegen dieses Gesetz aus Prenzlau zugegangen ist, von Männern, die bekanntlich unserm Präsidenten, der doch zu den gemäßigtsten Mitgliedern dieses Hauses gehört, gewählt haben. (Gelächter.)

Keller (für den Entwurf). In den Plakaten legt sich gewöhnlich die schlechte Literatur nieder, d. h. diejenige, welche auf die schlechten Leidenschaften der Menge basirt ist. Die Plakate haben einen weit verderblichern Einfluß ausgeübt, als irgend ein anderer Zweig der Literatur. — Man hat gesagt: die Regierung sei durch Plakate gezwungen worden, mit der Wahrheit hervorzutreten; die Regierung ist aber nur dadurch gezwungen worden, daß man Unwahrheiten an die Mauern anschlug. Dies war nicht der richtige Weg. Ich habe auch gefunden, daß die Plakate mehr für Müßiggänger als für Arbeiter bestimmt waren. Der Zweck der Annahme der Gesetzesvorlage ist gerade der, für die Zukunft alle exceptionellen Maßregeln, wie z. B. den Belagerungszustand, unmöglich zu machen.

Herrmann und Pelzer (Lennep) beantragen den Schluß der Debatte. Die Kammer ertheilt ihre Zustimmung.

Nachdem der Berichterstatter noch einige Worte gesprochen, schreitet der Präsident zur Fragestellung. Zuerst soll über den §. 1. des bereits gestern mitgetheilten Jung'schen Amendements abgestimmt werden. Jung zieht jedoch sein Amendement zurück. Hierauf erfolgt die namentliche Abstimmung über § 1. des Regierungsentwurfs. Derselbe wird mit 162 gegen 148 Stimmen verworfen.

Die Kammer schreitet hierauf zur Berathung des §. 2. der Regierungsvorlage.

Jung (zur Begründung seines Amendements: Die Plakate sind die Heerstraße, welche die Presse zum Volke führt; diese Heerstraße darf nicht versperrt werden. Der Regierungsgaragraph will den §. 48. der Gewerbeordnung noch verschärfen. Zur Entsittlichung der Kinder führt nicht der Hausirhandel, sondern der Hunger.

Meusebach (für den Regierungs-Entwurf): Auch auf der von Jung bezeichneten Heerstraße muß eine gewisse Ordnung stattfinden.

Minister des Innern: Ich halte das Gesetz, dessen §. 1. so eben verworfen worden, allerdings für ein wichtiges, weil es nicht wenig dazu beigetragen haben würde, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Aber man thut dem Gesetze zu viel Ehre an, und legt ihm eine größere Wichtigkeit bei, als es selbst beansprucht, wenn man sagt, daß es ein wichtiges Prinzip zu repräsentiren habe. Das Gesetz ist nichts als eine polizeiliche Verordnung, welche sich im vorigen Jahre als nothwendig gezeigt hat. Wir erkennen die Verpflichtung an, nach den Gesetzen zu regieren; aber wir erkennen auch die Verpflichtung an, das Land nicht durch den Mangel von Gesetzen in Anarchie verfallen zu lassen. Wir haben bisher dieser Pflicht nachzukommen gesucht und werden damit fortfahren. (Beifall zur Rechten, Zischen zur Linken.)

Der Schluß der Debatte wird herbeigeführt. Der Berichterstatter ergreift abermals das Wort. Sodann wird abgestimmt. §. 2. des Jung'schen Amendements wird verworfen. Ueber den ersten Satz des §. 2. des Regierungs-Entwurfs findet namentliche Abstimmung statt.

Derselbe lautet: „Wer auf öffentlichen Straßen zur Verbreitung im Publikum bestimmte Druckschriften oder bildliche Darstellungen verkaufen oder vertheilen, oder das Anheften derselben gewerbsmäßig betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde, und muß den Erlaubnißschein, in welchem sein Name ausgedrückt ist, bei sich führen."

Dieser Satz wird mit 157 gegen 153 Stimmen angenommen. Das Amendement des Central-Ausschusses zum 2ten Satze des §. 2 des Regierungs-Entwurfs wird ebenfalls angenommen. Dadurch ist der 2te Satz des Regierungs-Entwurfes beseitigt.

Die Kammer geht nun zur Berathung des §. 3. über.

Das Jung'sche Amendement wird verworfen und der §. 3. des Regierungsentwurfs wird mit dem Amendement des Centralausschusses angenommen.

Ein Antrag Jakoby's: dem Waldeck'schen Antrage wegen Aufhebung des Belagerungszustandes die erste Stelle auf der nächsten Tagesordnung einzuräumen, wird verworfen.

(Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.

Locales 2c.

*Posen, den 16. April. Ein aus Miloslaw datirtes Inserat in unserer Zeitung vom 13. d. M. giebt der liebenswürdigen Collegin willkommenen Anlaß, in ihrem Sonnabendblatt uns mit einem ihrer gewöhnlichen, zähnefletschenden Complimente zu beehren, Der blinde Eifer ließ die Scharfsinnige, Conjecturenreiche diesmal ganz übersehen, daß für die dort gemachten Mittheilungen nicht wir, sondern der Einsender die Verantwortlichkeit trägt. Wir wagten es damals nicht, die uns zugegangene Nachricht als authentisch unsern Lesern vorzulegen, weil wir selbst an einen bis zu solchem Grade verthierten Haß nicht glauben mochten, der sogar die Ruhestätte der Todten anzutasten den frevlen Muth hätte. Nach den inzwischen bei zuverlässigen Personen eingezogenen Erkundigungen können wir jetzt den thatsächlichen Theil jenes Inserats leider nur bestätigen; das Faktum steht fest, daß in der Nacht vom 5 auf den 6. d. M. der jüdische Kirchhof in Miloslaw durch muthwillige Zerstörung der Grabsteine und der hölzernen Grabtafeln geschändet worden. Eben so sicher ist es, daß — nicht der Einsender, nicht wir, — sondern die öffentliche Stimme den Verdacht der Urheberschaft auf eine „gewisse politische Partei" hinlenkt, die von der „Zeitung des Osten" kenntlicher bezeichnet worden. In der „Mordgeschichtenerfindung" hat also der dürre, langarmige Witz unserer Collegin diesmal doch etwas fehlgegriffen. Daß der polnische Landmann, sich selbst und seiner natürlichen Gutmüthigkeit überlassen, in der That vor allem Heiligen eine ehrfürchtige Scheu im Herzen trägt, wissen wir als Eingeborne der Provinz eben so gut, als die Schreiber der „Zeitung des Osten." Der Deutsche, christlichen und jüdischen Bekenntnisses, hat in dieser Provinz mit dem polnischen Landmann und dem polnischen Ackerbürger in bestem Einvernehmen gestanden, so lange dieser nicht durch die „noblen Passionen" einer verhältnißmäßig kleinen, aber einflußreichen Coterie verhetzt und irregeleitet worden. Wessen aber der fanatisirte Bauer fähig ist, zeigten die im vorigen Jahre an der Synagoge in Buk begangenen Scheußlichkeiten. Deshalb sind wir im Hinblick auf dergleichen Vorgänge nicht im Stande, im vorliegenden Falle den einmal geweckten Verdacht so entschieden zurückzuweisen, wie wir ihn durch die hoffentlich schon eingeleitete Untersuchung verdrängt zu sehen wünschen. Wir wünschen aufrichtig, die „öffentliche Stimme" möge diesmal als irrig befunden werden, und wir werden die Ersten sein, den erwiesenen Irrthum zu berichtigen. Denn wahrlich, dies beständige Wachehalten und Aufpassen und Hinhorchen ist ein sehr unerquickliches Geschäft; der Deutsche liebt es, sich seinem Nachbar ohne Mißtrauen mit unbefangener Offenheit zu nähern, gefahrlos nähern zu dürfen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Nach den bestehenden Vorschriften werden fixirte Diäten den Beamten, welche mit einer solchen Besoldung angestellt sind, mit alleiniger Ausnahme der Verhinderung durch Militairdienst oder Krankheit nur während der Zeit, welche sie wirklich im Dienste beschäftigt sind, gezahlt, und es muß die Ausgabe der Tagegelder in den Kassenrechnungen mit Attesten darüber belegt seyn. Der Direktor eines Untergerichts hat auch keine Disposition über die Fonds zur Besoldung der Diätarien und keine Befugniß, während eines von ihm ertheilten Urlaubs Diäten zu bewilligen, mögen sie mehr oder weniger betragen, sondern sie werden in Abzug gebracht.

Nach diesen Grundsätzen wird und ist von mir verfahren. Die in dem vorgestrigen Blatte dieser Zeitung veröffentlichte, mit Böswilligkeit und Unwissenheit verfaßte Anzeige des Gegentheils ist daher eine Unwahrheit, welche ich hiermit amtlich widerlege.

Posen, den 16. April 1849.

Der Kreisgerichts-Direktor Graffunder.

Den geehrten Bewohnern von Kurnik und Bnin, welche an der Befreiung des Herrn Dr. La Roche Theilnahme bewiesen, ruft aus der Ferne seinen freundlichen Dank:

Ein Freund der dasigen Gegend.

Anfrage. Warum hat sich Herr Dr. La Roche vom Dänischen Kriege zurückgezogen? J. H.

Kunst-Anzeige.

In diesen Tagen werden die Gebrüder **Louis & Albert Schmidt** mit ihrem Kunst-, Zauber- und Automaten-Theater, nebst mehreren kleinen dressirten Schottländischen Pferdchen hier eintreffen, um einige Vorstellungen zu geben, wovon die hochgeehrten kunstliebenden Herrschaften vorläufig ergebenst benachrichtigt werden.

Berliner Börse.

Den 14. April 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	102¼	—
Staats-Schuldscheine	3½	80¼	79¾
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	99¼
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¼	97¼
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	85¼
Grossh. Posener »	4	96¼	96¼
» »	3½	80½	80
Ostpreussische »	3½	90¾	89¼
Pommersche »	3½	93¾	93¼
Kur- u. Neumärk. »	3½	—	93¼
Schlesische »	3½	—	—
» v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	89	88
Friedrichsd'or	—	13 1/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	12½
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	76¼
» Prioritäts-	4	87	—
Berlin-Hamburger	4	—	50
» Prioritäts-	4½	—	90¼
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	54	53¼
» » Prior. A. B.	4	—	84
» » »	5	94	93¼
Berlin-Stettiner	4	—	86¼
Cöln-Mindener	3½	—	76
» Prioritäts-	4½	93	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	110¼
Niederschles.-Märkische	3½	—	72½
» Prioritäts-	4	86¼	86¼
» »	5	—	98¾
» » III. Serie	5	—	93¼
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	91⅓
» » B.	3½	—	91¼
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	—	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	3½	—	49
Thüringer	4	—	71
Stargard-Posener	3½	71⅛	

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 19. April: Zum Erstenmale: Martha, oder: Der Markt zu Richmond; romantisch-komische Oper in 4 Aufzügen von W. Friedrich, Musik von F. v. Flotow.

Bei J. Urban Kern in Breslau ist erschienen und bei **Gebrüder Scherk in Posen** zu haben:

Karte des Kriegsschauplatzes in **Dänemark** und **Schleswig-Holstein**. 4o. Preis 2½ Sgr.

Supplementband zu Chamisso's Werken.

So eben erschien in meinem Verlage und ist in Posen bei **E. S. Mittler** zu haben:

Peter Schlemihl's
wundersame Geschichte.
Von **Adalbert von Chamisso.**
Fortgesetzt von Friedrich Förster.

Auch unter dem Titel:

Peter Schlemihl's Heimkehr.
Von Fr. Förster.
Mit 16 Handzeichnungen von Hosemann.
Zweite Auflage.
8. Geh. Preis 1¼ Rthlr.

Leipzig, im April 1849. B. G. Teubner.

Zur öffentlichen Verpachtung des den Samuel Hoffmannschen Erben gehörigen Bauergutes No. 18. zu Lasek, Kreis Posen, steht ein Termin im Wohnhause dieses Bauergutes

am 27sten April d. J. früh 8 Uhr

vor dem Gerichts-Rath Küttner an.

Pachtlustige, welche eine Kaution von 100 Rthlr. sofort zu erlegen vermögen, werden hierzu vorgeladen.

Posen, den 13. April 1849.

Königliches Kreis-Gericht.
Zweite Abtheilung.

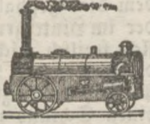
Bekanntmachung.

Es sollen am künftigen Mitwoch den 18. April c. an Ort und Stelle die verschiedenen Gärten und Aecker der Festung öffentlich an den Meistbietenden verpachtet, zugleich auch mehrere Parthieen altes Eisen, alte Utensilien 2c. verkauft werden.

Pacht- und Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß der Sammelplatz am genannten Tage früh 7 Uhr auf dem Festungs-Bauhofe sein wird, woselbst auch die nähern Bedingen mitgetheilt werden sollen.

Posen, den 13. April 1849.

Königliche Festungs-Bau-Direction.



Stargard-Posener Eisenbahn.

Die diesjährige ordentliche General-Versammlung der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft findet an dem nach §. 54 des Statuts dazu bestimmten ersten Dienstage des Maimonats, also

am 1. Mai d. J. Vormittags von 10 Uhr
ab im Börsenhause hierselbst

Statt. Wir laden die Actionaire der Gesellschaft hiermit ein, in derselben zu erscheinen und die Berechtigung ihres Erscheinens und der Ausübung ihres Stimmrechts durch Vorlegung ihrer Actien resp. ihrer Vollmachten zuvor nachzuweisen, zu welchem Zwecke sie sich an den der General-Versammlung voraufgehenden beiden Tagen, und Zureisende in der Morgenstunde des 1. Mai bis zum Beginn der Versammlung, in dem Geschäftsbüreau, gr. Domstraße Nr. 791 hierselbst melden und die für sie auszufertigenden Eintritts- ud Stimmkarten entgegennehmen wollen.

Die zu producirenden Actien, auf welche dergleichen Karten ausgereicht worden sind, werden dem Präsentanten, mit einem Stempel versehen, sofort zurückgegeben; auf Aktien, welche diesen Stempel bereits tragen, werder keine Stimmzettel verabfolgt.

Innerhalb der letzten acht Tage vor der Versammlung wird die gedruckte Tagesordnung zur Austheilung an die Actionaire in unserm Büreau bereit gehalten werden.

Stettin, den 30. März 1849.

Der Verwaltungsrath.
Heegewaldt. Müller. Wretzdorff.

Mit dem 18ten d. Mts. fangen die **Conversations-Stunden**, wie der **Privat-Unterricht** in der **Englischen Sprache** wieder an.

Mühlstraße No. 5. B. M. Meyer aus London.

Ein deutscher unverheiratheter und militairfreier, beider Landessprachen mächtiger, mit guten Zeugnissen versehener Wirthschafts-Beamter, der gegenwärtig selbstständig einer Wirthschaft vorsteht, sucht von Johanni an, da da es ihm an Connexionen fehlt, auf diesem Wege ein Unterkommen. Adressen sub H. B. beliebe man der Expedition dieser Zeitg. zugehen zu lassen.

Eine anständige Familie in Posen wünscht zwei bis dis drei Knaben in Pension zu nehmen. Die Adresse giebt die Zeitungsexpedition.

Bekanntmachung.

Die, der Stargard-Posener Eisenbahngesellschaft gehörige, außerhalb des Bahnhofszaunes auf Jerzycer Feldmark am Buker Wege belegene, 20 Morgen enthaltende Ackerfläche soll in einzelnen Parzellen an den Meistbietenden verpachtet werden und ist zu diesem Behufe ein Termin auf

Dienstag den 17. April Morgens 8 Uhr

auf hiesigem Bahnhofe angesetzt, woselbst auch die näheren Pachtbedingungen bekannt gemacht werden sollen.

Bahnhof Posen, den 12. April 1849.

Die Bau- und Betriebs-Inspection.

Verpachtung.

Das im Posener Kreise belegene Rittergut Pawlowice, 1½ Meile von Posen, ¼ Meile vom Bahnhofe entfernt, welches im Ganzen eine Fläche von 2623 Morgen hat, in dieser gegen 300 Morg. Wiesen, nebst todtem und lebenden Inventarium, ist von Johannis 1849 ab aus freier Hand zu verpachten. Näheres ist zu erfahren in Kempa bei Samter.

Die von mir Sapieha-Platz No. 7 eröffnete Schwarz- und Schönfärberei erlaube ich mir unter Versicherung der reellsten und pünktlichsten Bedienung bei den billigsten Preisen bestens zu empfehlen. Carl Schumacher.

Mit dem heutigen Tage habe ich in meiner Wohnung, Breslauerstraße No. 30.,

eine Niederlage fertiger Stiefeln,

höchst sauber und vom besten Leder angefertigt, zur geneigtesten Beachtung eines geehrten Publikums eröffnet. Indem ich einem von einem geehrten Publikum längst gefühlten Bedürfnisse entgegenkomme, darf ich mich des Wohlwollens Wohl desselben erfreuen, wobei ich versichere, alle Bestellungen auf das Pünktlichste und zur größten Zufriedenheit auszuführen.

Posen, den 12. April 1849.

Franz Calderola.

Ein ganz bedeckter Kutschwagen steht bei Franz Hintze in Posen, Bäckerstraße No. 13a., zu verkaufen.

---

100 Stück fette Masthammel stehen auf dem Dominio Pyanowice bei Gostyn zum Verkauf.

---

250 Stück fette Hammel stehen zum Verkauf auf dem Dominio Groß-Rybno bei Klecko.

Frische Holst. Austern empfingen
Gebrüder Vassalli, Friedrichsstraße.

Geräucherten Lachs à 6 Sgr. pro **Pfund** offerirt

Michaelis Peiser,
in der Russischen Theehandlung, Breslauerstraße.

Allerbesten fetten geräucherten **Weser-Lachs** hat erhalten

J. Ephraim, Wasserstraße No. 2.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 8. bis 14. April.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
8. April	+ 2,0°	+ 9,0°	27 Z. 9,0 L.	O.
9. »	+ 3,2°	+ 6,3°	27 » 7,0 »	NO.
10. »	+ 2,5°	+ 5,0°	27 » 6,2 »	SO.
11. »	+ 4,0°	+ 7,9°	27 » 3,0 »	S.
12. »	+ 5,0°	+ 6,0°	27 » 3,5 »	SW.
13. »	+ 2,2°	+ 5,4°	27 » 6,0 »	S.
14. »	+ 3,0°	+ 6,3°	27 » 7,5 »	SO.